

Sitzung vom 3. September 2013

955. Anfrage (Konkurrenz von KMUs durch das Staatsarchiv)

Kantonsrat Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, Kantonsrätin Regine Sauter, Zürich, und Kantonsrat Beat Walti, Zollikon, haben am 13. Mai 2013 folgende Anfrage eingereicht:

Das kantonale Staatsarchiv hat per 1. November 2013 für ein «Pilotprojekt» zwei bis drei Stellen für Gemeindearchivarinnen und -archivare ausgeschrieben. Was Gegenstand des Projektes ist, wird nicht näher ausgeführt. Im Kanton Zürich unterstützen heute verschiedene etablierte Firmen Gemeindeverwaltungen im Registratur- und Archivbereich (in Sachen Ablage/Registratur und Archivierung). Es existiert ein funktionierender Markt mit Angebot und Nachfrage. Fraglich ist, ob das Staatsarchiv damit nicht ohne Not in diesen Markt eingreift und damit private Firmen konkurrenziert.

Wir bitten den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Was ist Inhalt und Gegenstand des Pilotprojektes, für welches die neuen Stellen vorgesehen sind?
2. Nach § 5 Abs. 2 des Archivgesetzes (LS 432.11) übt das Staatsarchiv die fachliche Aufsicht über die Gemeindearchive aus und berät die öffentlichen Organe. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass das Staatsarchiv die ihm vom Gesetz her zugewiesenen Kompetenzen nicht überschreitet, indem es bei den Gemeinden nun weit über die beratende Funktion hinaus operativ in die Informationsverwaltung und Archivierung eingreift?
3. Wie stellt sich der Regierungsrat zur Problematik, dass ein Aufsichtsorgan jene Aufgaben selber erledigt, die es zu beaufsichtigen hat?
4. Welchen Grund gibt es, dass diese Aufgaben nicht an bestehende private Anbieter, die in diesem Bereich über Fachkompetenz verfügen, vergeben werden?
5. Wie stellt sich der Regierungsrat dazu, dass Aufgaben, welche Private bereits erfüllen, von der kantonalen Verwaltung ausgeübt werden, und damit in einen funktionierenden Markt eingegriffen wird?

Auf Antrag der Direktion der Justiz und des Innern

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, Regine Sauter, Zürich, und Beat Walti, Zollikon, wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Das Staatsarchiv hat auf den 1. November 2013 für das Pilotprojekt «Integrierte Informationsverwaltung in den Gemeinden» ein Stellenvolumen von knapp 200%, befristet auf fünf Jahre, ausgeschrieben. Das Konzept für das Pilotprojekt beruht auf mehrjährigen Erfahrungen des Kantons Zug. Ziel ist eine Professionalisierung der Informationsverwaltung in den Gemeinden. Die Grundidee besteht darin, dass das Staatsarchiv den Gemeinden im Rahmen von Dienstleistungsverträgen Fachpersonal zur Verfügung stellt, das den gleichen Ausbildungs- und Vernetzungsgrad aufweist wie dasjenige des entsprechenden kantonalen Archivs. Im Rahmen des Pilotprojekts stellt das Staatsarchiv einer bestimmten Anzahl Gemeinden Fachleute für die integrierte Informationsverwaltung (Informationsverwaltung und Archivierung) zur Verfügung. Es rekrutiert diese, stellt ihnen einen Basisarbeitsplatz im Staatsarchiv zur Verfügung und befähigt sie mittels Aus- und Weiterbildung, für die am Pilotprojekt beteiligten Gemeinden Dienstleistungen im Bereich Integrierte Informationsverwaltung zu erbringen. Die Gemeinden beziehen und finanzieren die ihnen vertraglich zur Verfügung stehenden Dienstleistungen.

Die Idee für das Pilotprojekt entstand vor dem Hintergrund, dass in den letzten Jahren zahlreiche Gemeinden wiederholt mit der Aufforderung an den Kanton bzw. des Staatsarchiv gelangt sind, sie bei der Informationsverwaltung und Archivierung aktiv zu unterstützen. Insbesondere wiesen viele Gemeinden darauf hin, dass die hybride bzw. die elektronische Informationsverwaltung und die fachgerechte Betreuung des gesamten Lebenszyklus von Informationen, von der Beschaffung entsprechender EDV-Systeme bis zur Archivierung, von den zuständigen Mitarbeitenden in den Gemeinden und von privaten Anbietern teilweise nur beschränkt und nicht in der notwendigen Qualität abgedeckt werden könnten. Die Planungsarbeiten für das Pilotprojekt erfolgten deshalb von Anfang an in enger Zusammenarbeit mit dem Beirat für Gemeindenfragen, dem Leitenden Ausschuss des Verbands der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich (GPV) und dem Vorstand des Vereins der Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute

(VZGV), die sich einstimmig für die Durchführung des Pilotprojekts ausgesprochen haben. Die gemeinsam erarbeitete Projektidee wurde an der VZGV-Fachtagung im September 2012 einem Kreis von rund 70 Gemeinden vorgestellt. Die Gelegenheit, sich bis Ende 2012 als Pilotgemeinde anzumelden, ergriffen schliesslich zehn Gemeinden von unterschiedlicher Grösse.

Zu Fragen 2 und 3:

Die eigentliche Aufsicht über die Gemeindearchive wird gemäss § 143 Gemeindegesetz (LS 131.1) von den Bezirksräten ausgeübt. Die Aufsicht des Staatsarchivs ist auf fachliche Belange beschränkt. In der Praxis besteht die Zusammenarbeit zwischen dem Staatsarchiv und den Gemeinden in Sachen Informationsverwaltung und Archiv weitgehend in einer fachlichen Beratung in allen Bereichen des Archivwesens, hauptsächlich aber in der Überlieferungsbildung, Erschliessung und Konservierung. Sie ist damit ohnehin viel eher operativ-praktisch als hoheitlich-beaufsichtigend ausgestaltet. Das Pilotprojekt «Integrierte Informationsverwaltung» ändert nichts an der Funktion und den Kompetenzen des Staatsarchivs als Fachaufsichtsbehörde und auch die Aufsichtsfunktion der Bezirksräte bleibt unberührt. Neu ist lediglich, dass das Staatsarchiv Fachleute zugunsten der Pilotgemeinden rekrutiert, ausbildet und begleitet, anstatt sich – wie bisher – darauf zu beschränken, Gemeinden bei Bedarf zu beraten und Inspektionen vorzunehmen. Operativ tätig sind aber nur die rekrutierten Fachleute und zwar ausschliesslich im Auftrag der Gemeinden.

Zu Frage 4:

Den Gemeinden steht es frei, wie sie ihre Verantwortung für die Informationsverwaltung wahrnehmen wollen. Sie können die entsprechenden Arbeiten eigenen Angestellten überbinden oder Dritte damit beauftragen. Einige Zürcher Gemeinden stellen Qualität und Umfang des Angebots privater Anbieter infrage. Die Reaktionen auf das Pilotprojekt waren deshalb sehr positiv. Der Kanton soll in Bezug auf die Informationsverwaltung eine Funktion als Wissensvermittler wahrnehmen und den Gemeinden ermöglichen, möglichst direkt vom aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik in den Bereichen Archivistik und Informationsverwaltung zu profitieren. Das Pilotprojekt ist ein Versuch, diesen direkten Wissenstransfer zu organisieren, ohne aber die Verantwortung der Gemeinden für ihre eigene Überlieferung infrage zu stellen.

Zu Frage 5:

Die Verantwortlichen für die Informationsverwaltung in den Gemeinden können nicht uneingeschränkt auf einen breiten, modernen und der Nachfrage entsprechenden Markt zugreifen. Zwar gibt es vereinzelte Anbieter, deren Dienstleistungen eine beachtliche Breite und ein hohes fachliches Niveau aufweisen. Aber die Mehrzahl der insgesamt verhältnismässig wenigen privaten Anbieter bietet lediglich Dienstleistungen im Bereich Aktenverwaltung und Archivierung auf Papier an. Unter Umständen kann das Pilotprojekt dazu beitragen, dass sich der private Markt in den nächsten Jahren stärker auf die gestiegenen Ansprüche der Gemeinden ausrichtet.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Direktion der Justiz und des Innern.

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Husi